



Einladung

zur Generalratssitzung

vom Mittwoch, 26. Juni 2024, 20:00 Uhr in der Aula OS Wünnewil



BOTSCHAFT

Sitzungseröffnung:

- ✓ Traktandenliste
- ✓ Präsenzliste
- ✓ Mitteilungen

Traktanden

- | | | |
|----------|--|---|
| | 0.11.3.030 | Protokolle |
| 1 | Generalrat Protokolle Periode 2021-2026
Protokollgenehmigung vom 15. Mai 2024 | |
| | 7.00.0.040 | Friedhofreglement |
| 2 | Friedhofreglement
Genehmigung neues Friedhofreglement | |
| | 7.10.0.010 | Wasserversorgungsgenossenschaften, Aktiengesellschaften etc. |
| 3 | Wasserversorgungen allgemein
Reorganisation Wasserversorgung | |
| | 7.20.1.020 | Bauakten Leitungen |
| 4 | Sanierung Abwasserleitung Wunostrasse
Projektgenehmigung und Kreditbegehren | |
| | 0.21.8.010 | Finanzkommission, Mitglieder |
| 5 | Finanzkommission
Ergänzungswahl | |
| | 0.11.3.020 | Botschaften und Akten |
| 6 | Parlamentarische Vorstösse; Motionen und Postulate (GenR)
Anträge, Motionen und Postulate | |
| | 0.11.3.010 | Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers) |
| 7 | Verschiedenes, Generalratssitzung
Verschiedenes | |

0.11.3.030	Protokolle
1	Generalrat Protokolle Periode 2021-2026 Protokollgenehmigung vom 15. Mai 2024

Das noch nicht genehmigte Protokoll der letzten Generalratssitzung vom 15. Mai 2024 liegt in der Gemeindekanzlei zur Einsichtnahme auf oder kann unter www.wuennewil-flamatt.ch eingesehen werden.

Der Generalrat:

- Genehmigte das Protokoll der letzten Sitzung des Generalrats vom 13. Dezember 2023.
- Genehmigte die Jahresrechnung 2023, bestehend aus der Erfolgs- und der Investitionsrechnung.
- Genehmigte das revidierte Personalreglement der Gemeinde Wünnewil-Flamatt.
- Genehmigte das neue Geschäftsreglement des Generalrats Wünnewil-Flamatt.
- Wählte für das Geschäftsjahr 2024/25 Therese Lorch (die Mitte) als neue Präsidentin und Verena Wiget (SVP) als Vizepräsidentin des Generalrats. Josef Schöpfer (SP/Grüne) wurde zum neuen Stimmenzähler und Erich Messerli (SVP) zum neuen Ersatzstimmenzähler für den Rest der Legislaturperiode gewählt.

Antrag:

Das Büro beantragt dem Generalrat:

1. **Das Protokoll der Generalratssitzung vom 15. Mai 2024 zu genehmigen.**

2	7.00.0.040 Friedhofreglement Friedhofreglement Genehmigung neues Friedhofreglement
----------	--

Das aktuelle Friedhofsreglement wurde am 1.1.2020 in Kraft gesetzt, ebenso die Ausführungsbestimmungen. Die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, dass sich bei der Umsetzung Korrekturen ergeben haben, resp. Lücken bestehen, was zu Unsicherheiten führt. Zudem soll dem Gemeinderat die Grundlage für Ausnahmegewilligungen gegeben werden.

Redaktionell wurden Begriffe angepasst und Umschreibungen gekürzt.

Auf kantonaler Ebene steht kein aktuelles Musterreglement zur Verfügung.

Der Gemeinderat hat die Änderungen diskutiert und die Anpassungen danach zur Vorprüfung an das Amt für Gemeinden weitergegeben, welche im Wesentlichen positiv ausfiel.

Die Ausführungsbestimmungen, die vom Gemeinderat erlassen werden, stehen im Entwurf zur Information zur Verfügung. Sie sollen gleichzeitig mit dem neuen Reglement in Kraft treten.

Folgende Änderungen:

Titeländerung: Reglement für die Bestattungen und die Friedhöfe

Art. 7 Es muss eine Kontaktperson gemeldet werden.

Art. 9 Die Angehörigen müssen eine Kontaktperson an die Gemeinde angeben, sowie eine Kopie des Familienbüchleins hinterlegen.

Art. 12 Das Einholen der Bestattungsbewilligung muss vom Bestattungsinstitut gemacht werden.

Art. 14 Der Gemeinderat kann Erdbestattungen von ortsfremden Personen bewilligen.

Art. 16 Das Grabfeld Muslime wird in den Ausführungsbestimmungen erwähnt.

Art. 16 Das Alter für ein Kindergrab wird auf 8 erhöht und entsprechend die Länge des Grabes angepasst (Art. 18, Abs. 2).

Art. 16 Sternenkinder werden erwähnt.

Art. 19 Die Grabumrandungen werden auf beiden Friedhöfen gleich geregelt.

Art. 19 Der Ablauf des Bezugs der Stele und deren Beschriftung werden geklärt.

Art. 23 Der Ablauf der Rechnungsstellung wird geklärt. Der Maximalbetrag wird der Empfehlung des Preisübersichters angepasst.

Art. 24 Eine Gebührenbefreiung wird neu in den Ausführungsbestimmungen geregelt.

Art. 24 Der Gemeinderat kann über einen Gebührenerlass entscheiden.

Art. 24 Der Ablauf der Rechnungsstellung wird geklärt. Die Maximalbeträge werden den Empfehlungen des Preisübersichters angepasst.

Private Friedhöfe: dieses Kapitel wird ersatzlos gestrichen. Die Erstellung eines privaten Friedhofs ist kantonal geregelt.

Geplant ist, das überarbeitete Reglement auf den 1.1.2025 zusammen mit den angepassten Ausführungsbestimmungen in Kraft zu setzen.

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:

- 1. das Reglement für die Bestattungen und die Friedhöfe der Gemeinde Wünnewil-Flamatt zu genehmigen.**

3

7.10.0.010

Wasserversorgungsgenossenschaften, Aktiengesellschaften etc.

Wasserversorgungen allgemein**Reorganisation Wasserversorgung**

Im kantonalen Trinkwassergesetz vom 6.10.2011 (TWG) legt der Gesetzgeber im Abschnitt 1.2 das Eigentum der Trinkwasserinfrastrukturen fest.

Art. 4 Nutzung öffentlicher Gewässer für die Trinkwasserversorgung

¹ Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern im Sinne der Gesetzgebung über die öffentlichen Sachen müssen in erster Linie für den menschlichen Nahrungsmittelbedarf erfolgen.

² Konzessionen für die Nutzung öffentlicher Gewässer für die Trinkwasserversorgung können nur Gemeinwesen oder juristischen Personen, die vollständig im Besitz von Gemeinwesen sind, erteilt werden.

Art. 5 Trinkwasserinfrastrukturen – Mit öffentlichen Gewässern gespeiste Infrastrukturen

¹ Trinkwasserinfrastrukturen, die mit öffentlichen Gewässern im Sinne der Gesetzgebung über die öffentlichen Sachen gespeist werden, müssen Eigentum von Gemeinwesen oder von juristischen Personen, die vollständig im Besitz von Gemeinwesen sind, sein.

Art. 6 Trinkwasserinfrastrukturen – Ausschliesslich mit nicht-öffentlichen Gewässern gespeiste Infrastrukturen

¹ Trinkwasserinfrastrukturen, die ausschliesslich mit nicht-öffentlichen Gewässern gespeist werden, können entweder Eigentum eines Gemeinwesens oder Privateigentum sein.

Die Wasserversorgungsgenossenschaft Flamatt untersteht infolge ihrer Grundwasserentnahme im Auwald Artikel 5, die Wasserversorgungsgenossenschaft Wünnewil und Umgebung der vom Amt für Umwelt des Kantons Freiburg bestätigten Aussage folgend Artikel 6 des Gesetzes.

Ist-Situation

Die überwiegende Zahl der Einwohner unserer Gemeinde werden aktuell von zwei Wasserversorgungsgenossenschaften (WVG), denjenigen von Wünnewil und Flamatt, mit Trinkwasser versorgt. Anfangs der neunziger Jahre wurden für diese aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen Leistungsaufträge abgeschlossen, basierend auf dem Trinkwasserreglement.

Geplante Auflösung der Wasserversorgungsgenossenschaft Flamatt

Die WVG Flamatt hat ihren Leistungsvertrag mit der Gemeinde am 13.4.2022 fristgerecht, mit einer Frist von zwei Jahren, gekündigt. An der Generalversammlung vom 18.4.2024 wurde die Auflösung dieser Genossenschaft traktandiert und einstimmig beschlossen. Gemäss Art. 9 des Konzessionsvertrags gehen bei der Auflösung der WVG Flamatt sämtliche Infrastrukturen gegen Übernahme von Aktiven und Passiven an die Gemeinde über. Aktuell besteht eine Übergangsvereinbarung, welche den Leistungsauftrag für die Trinkwasserversorgung bis zum 30.9.2025 regelt.

Die Wasserversorgungsgenossenschaft Wünnewil & Umgebung wurde ebenfalls in die Arbeiten zur neuen Rechtsform der Wasserversorgung einbezogen. Zurzeit ist die Integration in die neue Trägerschaft nicht vorgesehen, kann aber bei Bedarf erfolgen.

Reorganisation / Zukünftige Rechtsform der Wasserversorgung vorerst in Flamatt

Unter Einbezug von Rechtsanwalt Thomas Meyer, welcher auch die Wasserversorgung Düringen AG berät, hat die Gemeinde zusammen mit den Wasserversorgern die nachfolgenden drei Möglichkeiten für die zukünftige Organisation der Wasserversorgung auf unserem Gemeindegebiet geprüft.

- Eingliederung in die Gemeindedienste (Gemeinde)
- Gründung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt (Anstalt)
- Gründung einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft (AG)

Eingliederung in die Gemeindedienste (Gemeinde)

In einer verwaltungsinternen Struktur wird die Wasserversorgung in die bestehende Gemeindeverwaltung integriert. Der Einfluss der Gemeinde ist direkt und gross. Die Sachwerte und das Vermögen der Wasserversorgungsgenossenschaft Flamatt werden in die Gemeinderechnung aufgenommen und als Spezialfinanzierung wie Abfall und Abwasser geführt. Über das Budget und die Rechnung beschliessen der Generalrat und der Gemeinderat. Die Entscheidungswege sind aufgrund des politischen Prozesses eher lang.

Die Organe der Gemeinde sind für die Tätigkeit haftbar und das Personal direkt in die Gemeindeorganisation eingegliedert.

Gründung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt (Anstalt)

Die Anstalt ist eine öffentlich-rechtliche Rechtsform, die nach deren Errichtung eigenständig besteht. Die Entscheide werden entsprechend nicht durch die Gemeindeorgane gefällt, sondern durch die jeweilige Geschäftsleitung und den Verwaltungsrat. Eine Gemeindeanstalt mit Rechtspersönlichkeit wird mit der Annahme eines allgemein verbindlichen Organisationsreglements durch den Generalrat geschaffen. In diesem werden mindestens der Zweck, die Aufgaben, die Organe und ihre Zuständigkeiten, die Rechtsstellung des Personals und die Güter, die Verwaltung und die Finanzierung festgelegt. Die Rechtsform der Anstalt eignet sich für Aufgaben, bei denen die demokratische Mitwirkung für die Erfüllung der Aufgabe weniger zentral ist. Die Gemeinde kann die Anstalt massgeschneidert erstellen und die Führung der Organisation mit mehr oder weniger Handlungsspielraum ausgestalten und auch die Kontrolle entsprechend regeln. Mitarbeitende einer öffentlich-rechtlichen Anstalt müssen öffentlich-rechtlich angestellt werden.

Öffentlich-rechtliche Gemeindeanstalten im Bereich der Wasserversorgung bestehen aktuell insbesondere in den Kantonen der Zentralschweiz. Der Kanton Freiburg kennt im Moment noch kein solches Konstrukt, sieht deren Gründung im Gesetz über die Gemeinden jedoch ausdrücklich vor.

Gründung einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft (AG)

Eine Aktiengesellschaft ist eine privatrechtliche Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, an der die Anteilseigner im Verhältnis ihres Kapitaleinsatzes auf die Gesellschaft Einfluss nehmen. Die Ausgestaltung einer AG ist im Obligationenrecht abschliessend geregelt und lässt für Interessen der Gemeinde keinen Handlungsspielraum zu. Der direkte Einfluss der Gemeinde ist gering und grundsätzlich darauf begrenzt, die personelle Zusammensetzung des Verwaltungsrates mitzubestimmen. Die Organe der Gesellschaft haften für ihre Tätigkeit. Die Haftung der Gemeinde ist auf die eingesetzten Mittel begrenzt. Die Mitarbeitenden sind grundsätzlich privatrechtlich angestellt. Die Aktiengesellschaft ist eine ideale Rechtsform für gewinnorientierte Unternehmen in der Privatwirtschaft oder als Aufgabenträger für Gemeinden für Leistungen, die am Markt erbracht werden.

Für die Gründung einer Aktiengesellschaft bedarf es eines notariell beurkundeten Errichtungsaktes, in dem die Statuten verabschiedet und die Organe bestellt werden. Parallel dazu überträgt der Generalrat mit einem öffentlich-rechtlichen Ausgliederungsbeschluss die Aufgaben

an die Aktiengesellschaft aus und überträgt ihr die erforderlichen Mittel (Infrastruktur, Rechte, Vermögen).

Nachfolgende tabellarische Darstellung fasst die wichtigsten Eckpunkte der drei möglichen zukünftigen Organisationen zusammen.

	Gemeinde	Anstalt	AG
¹ Demokratischer Errichtungsakt	Nicht notwendig	Ja: Errichtungsakt, Ausgliederungsbeschluss und Organisationsreglement durch Generalrat	Ja: Notarieller Errichtungsakt - Ausgliederungsbeschluss durch Generalrat.
Träger	Gemeinde	Gemeinde	Aktionäre
² Unternehmenscharakter	Wenig ausgeprägt, alle Beschlüsse demokratisch getroffen	Ausgeprägt möglich	Stark ausgeprägt
³ Schnelle Entscheidungswege	Eingeschränkt möglich	Sichergestellt	Sichergestellt
³ Flexibilität in Betriebsführung	Gering	Hoch bis sehr hoch	Sehr hoch
Anbindung an Gemeinde	Stark	Je nach Ausgestaltung stärker oder schwächer	Schwach
Strategische Entscheide	Gemeinderat / Generalrat	Geschäftsleitung / Verwaltungsrat	Geschäftsleitung / Verwaltungsrat / Generalversammlung
Finanzielle Entscheidungen	Gemeinderat / Generalrat	Geschäftsleitung / Verwaltungsrat	Geschäftsleitung / Verwaltungsrat / Generalversammlung
⁴ Demokratische Rechte	Generalrat	Begrenzt über Einsitz in VR	Keine bzw. Statutenbezogen
Eigene Haftung	Ja	Ja – subsidiäre Haftung der Gemeinde	Ja
Kontrollorgane	Finanzkommission und Revisionsstelle	Revisionsstelle	Revisionen nach OR
Rechnungslegung	HRM 2	HRM 2	OR
Gründungskapital	Nicht erforderlich	Bilanz WVG Flamatt	Liberierung Aktienkapital
Finanzierung	Fonds und Gebühren	Dotationskapital, Gebühren	Aktienkapital, Gebühren
Steuerliche Konsequenzen	Keine Steuerpflicht	Steuerpflicht (Befreiung Gemeinde möglich)	Steuerpflicht (Befreiung Gemeinde möglich)
Finanzielle Sicherheit	Staatsgarantie	Staatsgarantie	Eigene Mittel
Personalrecht	privat-rechtlich / öffentlich-rechtlich	öffentlich-rechtlich	privat-rechtlich

Ausführungen zur vorangehenden Darstellung

- ¹ Die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt erfolgt durch die Annahme des entsprechenden Organisationsreglements durch den Generalrat. Zur Errichtung einer Aktiengesellschaft ist neben einer notariellen Beurkundung ebenfalls ein Beschluss des Generalrates zur Ausgliederung der Wasserversorgung notwendig. Da die Verantwortung für die Wasserversorgung von Gesetzes wegen bei der Gemeinde liegt, könnte eine Eingliederung in die Verwaltungsorganisation der Gemeinde ohne Zustimmung des Generalrates erfolgen.
- ² Die drei möglichen Formen weisen einen unterschiedlich grossen Unternehmenscharakter aus. Bei der Integration in die Gemeinde ist der Unternehmenscharakter kaum vorhanden, da sämtliche Entscheide dem demokratischen Prozess unterstellt werden. Bei einer öffentlich-rechtlichen Anstalt ist die Gemeinde frei bei der Definition, wie viel Unternehmergeist der Anstalt gegeben werden soll. Bei einer AG handelt es sich per se um ein Unternehmen, welches am Markt auftritt.

- ³ Im Bereich der Wasserversorgung sind schnelle Entscheidungswege und Flexibilität in der Betriebsführung essenziell. Aufgrund der im Gemeindegesetz festgelegten Entscheidungskompetenzen zwischen Exekutive und Legislative sind Entscheidungen nur teilweise rasch fäll- resp. umsetzbar. Die Entscheidungswege bei einer AG oder Anstalt sind hingegen sehr kurz.
- ⁴ Bei einer Integration in die Verwaltungsstruktur der Gemeinde sind die demokratischen Rechte vollends gewahrt. Das Initiativ- und Referendumsrecht bleibt bestehen. Mit der Integration der Wasserversorgung in eine öffentlich-rechtliche Gemeindeanstalt, wird diese Aufgabe «entpolitisiert». Je nach Ausgestaltung kann der Bevölkerung mehr oder weniger demokratisches Recht zugesprochen werden (bspw. dass sämtliche Investitionen ab einem bestimmten Betrag durch die Legislative genehmigt werden müssten). Die AG kennt keinerlei demokratische Rechte dieser Art.

Überlegungen Gemeinderat

Der Gemeinderat hat sich an mehreren Sitzungen mit dieser Thematik befasst und vertritt die Auffassung, dass eine Integration der Wasserversorgung in die bestehenden Strukturen der Gemeindeverwaltung aus nachfolgenden Punkten nicht zweckdienlich ist:

- Die Entscheidungswege sind zu lang für den Bereich der Wasserversorgung.
- Die Haftung liegt vollumfänglich bei der Gemeinde.
- Das Gemeindegesetz sieht für die Übernahme solcher Tätigkeiten die Möglichkeit der Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Gemeindeanstalt oder einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft vor.

Was spricht aus Sicht des Gemeinderates gegen die Schaffung einer Aktiengesellschaft:

- Eine geschaffene AG müsste zu 100% im Besitz der Gemeinde sein (Artikel 4 Absatz 2 TWG).
- Eine Staatsgarantie kann für eine privatrechtliche Aktiengesellschaft nicht erteilt werden, was das Übernahmerisiko für die Gemeinde erhöht.
- Die Anbindung einer AG an die Gemeinde ist kleiner als dies bei einer Anstalt der Fall sein kann.

Der Gemeinderat ist nach eingehendem Studium und Abwägen von Vor- und Nachteilen zum Entscheid gelangt, dass die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt zur Übernahme der Wasserversorgung am sinnvollsten ist. Folgende Hauptargumente bestätigen den Gemeinderat in seinem Entscheid:

- Die Gemeinde kann durch die Ausgestaltung des Organisationsreglements frei bestimmen über wie viel Autonomie die neue Anstalt verfügen soll.
- Die nach Artikel 915 Absatz 1 des Obligationenrechts mögliche Staatsgarantie vereinfacht die Überführung der Wasserversorgungsgenossenschaft Flamatt und stellt für die Gemeinde eine zusätzliche Sicherheit dar.
- Die Entscheidungswege der Anstalt sind schnell – was im Bereich der Wasserversorgung unabdingbar ist.
- Eine allfällige spätere Integration der WV Wünnewil und Elswil ist problemlos möglich.

Zeitplan

26.6.2024	Grundsatz «Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt» durch den Generalrat;
11.12.2024	Verabschiedung Organisationsreglement der Anstalt im Generalrat

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:

- 1. die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt für die Trinkwasserversorgung.**

4

7.20.1.020

Bauakten Leitungen

Sanierung Abwasserleitung Wunostrasse
Projektgenehmigung und Kreditbegehren

Die Abwasserleitung bei der Wunostrasse in Wünnewil wurde durch die Abwässer stark beansprucht und ist in einem defekten Zustand. Die Kameraaufnahmen vom 30. April 2024 zeigen folgendes Bild:

1. Die bestehende Mischwasserleitung ist im gelb markierten Bereich defekt.
2. Die Leitung kann die Ableitfunktion nicht mehr erfüllen.
3. Das Abwasser kann auf einer Länge von ca. 80m in den Boden infiltrieren.
4. Eine Sanierung ist dringlich.



Abbildung 1: Situation und Bild der defekten Leitung

Ein Vorprojekt wurde vor Jahren zur besseren Bebaubarkeit der Parzelle 1101 erstellt und soll umgesetzt werden. Das Projekt sieht die Abwassertrennung von Meteor- und Schmutzwasser gemäss dem gültigen GEP (Genereller Entwässerungsplan) der Gemeinde vor:

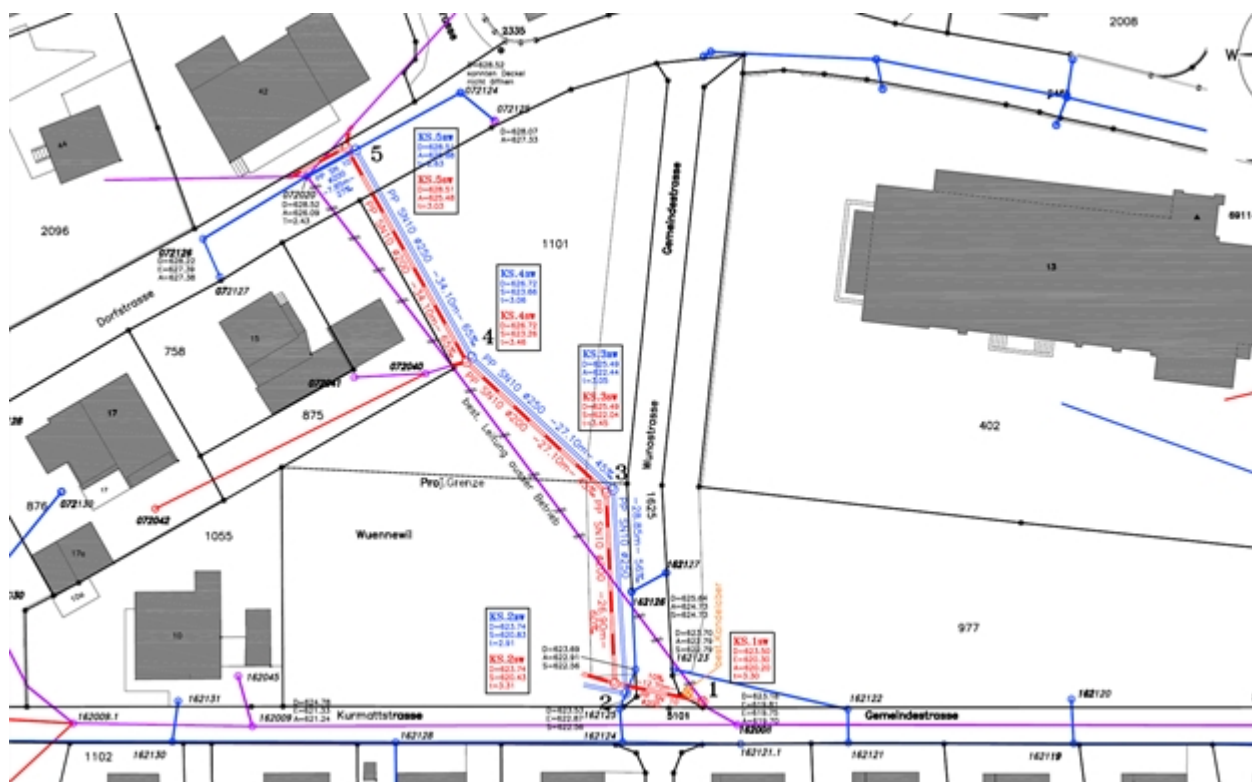


Abbildung 2: Vorprojekt Trennsystem

Finanzielle Auswirkungen:Kostenzusammenstellung:

Baumeisterarbeiten	Fr.	200'000
Projekt / Bauleitung / Geometer	Fr.	30'000
Bewilligung / Gebühren / Rechte	Fr.	8'000
Unvorhergesehenes / Reserve	Fr.	30'000
Mwst. 8.1 %	Fr.	21'708
Rundung	Fr.	292
Kreditbegehren	Fr.	290'000

Jährliche Folgekosten:

Amortisation 1.25%	Fr.	3'625
Durchschnittliche Verzinsung 2%	Fr.	2'900
Total	Fr.	6'525

Antrag:

Der Gemeinderat beantragt dem Generalrat:

1. Den Kredit über Fr. 290'000 für die Sanierung des Abwasserkanals der Wunostasse zu genehmigen.
2. Die Ausgaben der Investitionsrechnung 2024 zu belasten und die finanziellen Folgekosten über den Fonds Abwasseranlagen (Werterhalt) zu finanzieren.

5	0.21.8.010 Finanzkommission, Mitglieder Finanzkommission Ergänzungswahl
----------	---

Nach dem Rücktritt von Daniel Sturny, ML-CSP, ist die Vakanz in der Finanzkommission neu zu besetzen. Die ML-CSP Wünnewil-Flamatt schlägt als Nachfolger Roland Boschung vor.

Roland Boschung wird den Anwesenden vorgestellt, es werden keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen.

Antrag:

- 1. Der Generalrat wählt Roland Boschung als Ersatz für Daniel Sturny in die Finanzkommission.**

6	0.11.3.020 Botschaften und Akten Parlamentarische Vorstösse; Motionen und Postulate (GenR) Anträge, Motionen und Postulate
----------	--

Motion JFL «Für eine Regelung der invasiven Neophyten und des Litterings»

Ausgangslage:

1. In den letzten Jahren verbreiten sich invasive Neophyten (z.B. einjähriges Berufkraut) immer rasanter, dies auch in unserer Gemeinde. Die Gemeinde bekämpft diese auf öffentlichen Flächen schon lange und auch die Landwirt*innen halten ihre Flächen möglichst frei von invasiven Neophyten. Für Private fehlt aktuell eine Handhabung.
2. An vielen öffentlichen Orten (z.B. Sportanlagen, Sense, entlang Strassen) oder auch bei der Grüngut-Entsorgung hat man vermehrt ein Littering-Problem. Mit den Raumpatenschaften unternimmt die Gemeinde bereits einiges, es fehlen aber geeignete Massnahmen, um das Problem bei der Quelle anzupacken und nicht erst wenn bereits gelittert wurde.

Motion:

Der Gemeinderat wird beauftragt, Massnahmen zu erarbeiten, um:

- 1. invasive Neophyten auf Privatgrundstücken zu bekämpfen**
 - 2. Littering an öffentlichen Orten und bei der Grüngut-Entsorgung zu reduzieren**
- Hierbei wird der Gemeinderat beauftragt sowohl rechtliche Grundlagen als auch andere Massnahmen zu überprüfen.**

Begründung:

Sowohl invasive Neophyten wie auch Littering führen unserer Umwelt erheblichen Schaden zu:

1. Invasive Neophyten (siehe [«Gebietsfremde Arten in der Schweiz»](#)) verdrängen einheimische Arten und breiten sich meist rasant aus. Aktuelle Beispiele aus unserer Gemeinde sind das einjährige Berufkraut oder die Goldrute. Für die Gemeinde und auch Landwirt*innen ist es mühsam und unverständlich, wenn Sie ihre Parzellen pflegen und bei benachbarten Parzellen wird nichts oder zu wenig gemacht. Hier fehlt eine Handhabung, wie Personen zur Bekämpfung sensibilisiert oder rechtlich verpflichtet werden können.
2. Littering ist in der nationalen und kantonalen Politik ebenfalls ein Thema. Es ist wichtig, dass wir auch in der Gemeinde ein Instrument in der Hand haben, um Littering nachhaltig zu bekämpfen. Plastik-Müll sowie Alu-Dosen bleiben über Generationen in unserer Umwelt und schädigen Natur, Mensch und Tiere. Bei der Grüngut-Anlage gibt es aktuell ein solches Problem und der Abfall landet am Schluss auf dem Ackerland. Nur mit mühseliger Arbeit kann der Abfall dann wieder entfernt werden. Dies kann nicht die Lösung sein. In der Prävention wird mit den Raumpatenschaften bereits viel gemacht. Es braucht nun geeignete Massnahmen um das Littering bereits bei den Verursacher:innen zu bekämpfen. Die vermehrte Sensibilisierung oder die Erarbeitung einer rechtlichen Grundlage könnte eine mögliche Lösung darstellen. Andere Gemeinden haben bereits ähnliche Reglemente:
[Gemeinde Worb, invasive Neophyten](#) / [Gemeinde Davos, Littering](#)

Auszug aus dem Geschäftsreglement vom 25.01.2017:**Art. 36**

Antrag

¹Die anwesenden Generalräte können zu den in Beratung stehenden Gegenständen andere Anträge stellen. GG Art. 42 Abs. 2

²Nach Erledigung der Geschäfte der Tagesordnung kann jedes Mitglied zu anderen, dem Generalrat zustehenden Geschäften Anträge stellen. GG Art. 17 Abs. 1

³Der Generalrat entscheidet noch an der gleichen oder an der nächsten Sitzung, ob den Anträgen Folge gegeben werden soll. Ist das der Fall, so werden sie dem Gemeinderat überwiesen, der dazu Stellung nimmt und sie innert Jahresfrist dem Generalrat zur Beschlussfassung unterbreitet. Der Entscheid kann auch nur ein Grundsatzentscheid sein, wenn der Antrag eine längere Prüfung erfordert. GG Art. 17 Abs. 1

Art. 37

Motion

Die Motion ist ein Antrag, durch den der Gemeinderat beauftragt wird, dem Generalrat eine Vorlage zu unterbreiten, einen Antrag zu stellen oder eine bestimmte Massnahme zu treffen.

Art. 38

Postulat

Das Postulat ist ein Antrag, durch den der Gemeinderat beauftragt wird, eine bestimmte Frage zu prüfen, darüber zu berichten und allenfalls Antrag zu stellen.

Art. 39

Resolutionen

¹Der Generalrat kann anlässlich bedeutender Ereignisse Resolutionen verabschieden, die lediglich den Charakter einer Erklärung haben.

²Das Büro und jedes einzelne Mitglied haben das Recht, unter dem Traktandum "Verschiedenes" Resolutionen zu beantragen. Der Resolutionsentwurf ist vor der Eröffnung des Traktandums dem Präsidenten schriftlich vorzulegen. Der Präsident gibt ihn bei der Eröffnung bekannt.

³Der Generalrat hat sofort über Resolutionsanträge im Anschluss an eine Diskussion abzustimmen. Beim Entscheid über die Resolution schlägt er auch die Kommunikationsform und die allfälligen Empfänger der Resolution vor.

Art. 40

Form der Anträge und Rückkommen

¹Anträge sind schriftlich zu stellen und dem Sekretär des Generalrates vor oder während der Sitzung abzugeben. Anträge müssen von ihren Verfassern anlässlich der Sitzung erneut vorgebracht werden. ARGG Art. 8 Abs. 1 und 2

²Der Präsident kann die Mitglieder, welche einen Antrag stellen, einladen, sich kurz zu fassen. Die mündliche Begründung kann auf die nächste Sitzung verschoben werden.

³Ein Antrag darf in keiner Weise darauf hinzielen, auf einen Beschluss zurückzukommen, der vom Generalrat in den letzten drei Jahren gefasst wurde. Der Präsident teilt dem Verfasser eines solchen Antrags unverzüglich mit, dass letzterer unzulässig ist. Bei Beanstandungen entscheidet das Büro sofort. GG Art. 20

⁴Nur der Gemeinderat kann dem Generalrat beantragen, ein Geschäft erneut zu behandeln, über das er vor weniger als drei Jahren befunden hat.

Art. 41

Behandlung der Anträge

¹Offensichtlich unzulässige Anträge können vom Büro zurückgewiesen werden.

²Der Gemeinderat kann zu den als zulässig erachteten Anträgen Stellung nehmen, bevor der Generalrat über ihre Überweisung abstimmt.

³Nach der Stellungnahme des Gemeinderates wird die Diskussion eröffnet. Anschliessend wird über die Erheblicherklärung abgestimmt.

⁴Ein erheblich erklärter Antrag wird an den Gemeinderat überwiesen, welcher innert Jahresfrist zu dessen Inhalt Stellung nimmt.

⁵Die Stellungnahme des Gemeinderates ist dem Urheber des Antrags spätestens fünf Tage vor der Sitzung vorzulegen, in welcher der Antrag behandelt wird.

7	<div>0.11.3.010 Generalrat (Sitzungen, Handakten, Geschäftsakten in Dossiers)</div> <div>Verschiedenes, Generalratssitzung</div> <div>Verschiedenes</div>
---	---

Auszug aus dem Geschäftsreglement vom 25.01.2017:

Art. 39

Resolutionen

¹ Der Generalrat kann anlässlich bedeutender Ereignisse Resolutionen verabschieden, die lediglich den Charakter einer Erklärung haben.

² Das Büro und jedes einzelne Mitglied haben das Recht, unter dem Traktandum "Verschiedenes" Resolutionen zu beantragen. Der Resolutionsentwurf ist vor der Eröffnung des Traktandums dem Präsidenten schriftlich vorzulegen. Der Präsident gibt ihn bei der Eröffnung bekannt.

³ Der Generalrat hat sofort über Resolutionsanträge im Anschluss an eine Diskussion abzustimmen. Beim Entscheid über die Resolution schlägt er auch die Kommunikationsform und die allfälligen Empfänger der Resolution vor.

Art. 42

Fragen

¹ Dem Gemeinderat können im Traktandum „Verschiedenes“ Fragen gestellt werden. Dieser antwortet sofort oder an der nächsten Generalratssitzung.

GG Art. 17 Abs. 2
ARGG Art. 8

² Die Fragen werden vorzugsweise schriftlich gestellt. Fragen, die vor der Sitzung schriftlich gestellt wurden, müssen von ihren Verfassern anlässlich der Sitzung erneut vorgebracht werden.

Art. 43

Andere Vorstösse

Andere Vorstösse wie Feststellungen, Bemerkungen, Wünsche, Anfragen, Gesuche, Kritiken usw. werden wie Fragen im eigentlichen Sinne behandelt, sofern sie eine Antwort des Gemeinderates erfordern.

Wünnewil, den 12. Juni 2024

Gemeinde Wünnewil-Flamatt

Gemeinderat Wünnewil-Flamatt